

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
M. Queder, Industriehalle  
Niedstr.-Zürich  
**Postsendungen**  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
desen bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
vierteljährlichen Preis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Anzugsband)  
Fr. 3. — für Deutschland (Courvert)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Courvert)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Anzugsband).

**Inserate**  
Die dreispaltige Petitzeile  
25 Cts. — 20 Wfr.

N. 16.

Sonntag, 18. April.

1880.

Lesen an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorkehrungsmaßregel verkümmert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hiezu einzurufen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demnach größter Sicherheit Kommandierung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Was thun?

Neue Folge.  
III.

Was die Verwertung der Ertragnisse betrifft, so ist dabei natürlich die gemeinschädliche Spekulation auszuschließen, was ebenfalls durchführbar ist, ohne an die Substanz des Eigentums zu gehen. Unser Staat ist auf dem gesammten Markte maßgebender Preisbestimmer. Er verkauft seine Produkte, welche immerhin schon einen bedeutenden und dabei immer wachsenden Prozentsatz der gesammten Produktmenge ausmachen, zu einem fixen Preis, der außer den gesammten Erzeugungskosten nur noch die Entschädigungsrenten an die Expropriierten (wovon später) deckt. Da nun der Privateigentümer seine Produkte weder in eigenwilliger Absicht dem Konsum vorenthalten darf, noch sich etwa durch Ausfuhr einen lohnenderen Markt suchen kann (da sich der Handel, wie noch zu zeigen, im Alleinbesitz des Staates befindet), so ist für seinen Verkauf der vom Staat bestimmte Preis wesentlich maßgebend, so lange nämlich ein eigentlicher „Markt“, d. h. Konkurrenz, überhaupt noch existiert. Durch die sukzessive Einführung der staatlichen Lebensmittelämter wird dies Verhältnis jedoch ziemlich schnell sein Ende erreichen, und den Privateigentümern dann nichts übrig bleiben, als ihre Produkte dem Staate zu dem von diesem ermittelten Preis zu verkaufen. Ihr ganzer Gewinn wird also — im Hinblick auf die oben erwähnten Maßregeln, welche den Privatproduzenten kaum billiger, als der Staat produzieren lassen — lediglich in dem Lohn für die Betriebsleitung (so weit sie zu dieser gewillt und fähig) und jenem Theil des Verkaufspreises bestehen, den der Staat als Entschädigungsrate an die Expropriierten zu bezahlen hat, den der Privatproduzent aber für sich behalten kann.

Unter solchen Umständen sind freilich die Vorteile des Privateigentums sehr prekärer Natur. Der Eigentümer kann seinen Grund und Boden nicht mehr nach Belieben zur Ausbeutung des Arbeiters und Konsumenten zur Befriedigung seiner Passionen etc. verwenden; dagegen hat er dem Staat gegenüber sehr bedeutende Pflichten und eine schwere Verantwortung. Als einziger realer Nutzen seines Eigentums bleibt ihm aber genau so viel, als er ohne jede Verantwortlichkeit und Verdrüßlichkeit auch erzielte, wenn er sein Eigentum freiwillig expropriieren ließe. Unter diesen Umständen dürfte wohl die überwiegende Mehrzahl der größeren Besitzer bald freiwillig auf ihren „Eigentümer“-Titel verzichten und sich mit der vom Staate gewährten Entschädigungsrente zufriedengeben. Diejenigen von ihnen aber, die einträgliches Genußleben verabsäumen und arbeiten wollen, werden entweder fortfahren, ihr Eigentum tüchtig zu bewirtschaften und dadurch sich selbst und dem Gemeinwohl nützen, oder sie werden als Wirtschaftsbetriebe der verschiedensten Art im Staatsbetrieb ein lohnendes Feld für ihre Thätigkeit finden. Die Kleinbesitzer aber werden schnell einsehen, daß sie als Staatsarbeiter eine weit günstigeren Existenz haben, denn früher als „Eigentümer“, und werden deshalb aus Feinden des Kollektivbegriffs dessen engste Freunde werden.

Daß sich in Folge dieses das Staats-(Kollektiv-)Eigentum rasch vermehren wird, liegt auf der Hand. Um die Amortisation des Privateigentums noch mehr zu beschleunigen, bedarf es dann nur noch einer gesetzlichen Bestimmung, wonach jeder, der sein Privateigentum nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt an den Staat abgetreten hat, für die später erfolgende Expropriation nur mehr einen Theil der bis dahin gewährten Entschädigungsrente erhält, während von einem ferneren Termin ab das Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt aufhört.

Hinsichtlich der erwähnten „Entschädigungsrente“ habe ich noch einige Erläuterungen zu geben, damit kein Mißverständnis darüber entstehe, was ich darunter verstehe. Von einer förmlichen „Ablösung“ (nach Art derer der deutschen Feudallasten oder der russischen Leibeigenschaft), einer Entschädigung dem vollen Geldwert nach, wie sie sich z. B. Robertus und Schäffle vorstellen, kann schließlich die Rede sein. Würde doch durch die Vererbbarkeit so kolossaler Genußmittelmengen auf Generationen hinaus der Fortbestand einer zahlreichen Klasse von durch die Arbeit der übrigen Bürger zu ernährenden Faulenzern gesichert. Das ist aber dem Prinzip des Sozialismus diametral entgegen. An Leuten, welche die Nichtgewährung einer solchen Ablösung eine „Ungebilligkeit“ nennen, wird es natürlich unter den bisherigen Privilegierten nicht fehlen. Uebrigens sind wir Sozialisten wahrlich nicht die ersten, welche ein derartiges „Recht“ der enteigneten Enteigner nicht anerkennen. Welche „Ablösung“ erhielten denn die atheniensischen Eupatriden bei der Solonischen Seisachtheia? Oder die französischen Feudalherren für die Aufhebung ihrer Lehnrechte durch die Augustibekrete des Jahres 1789? Oder die südamerikanischen Sklavenbarone für die Emanzipation der Negersklaven? Oder die Junkermeister vieler Länder bei der Einführung der Gewerbefreiheit? Keine.

Die Gerechtigkeit der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß sie jedem ihrer Angehörigen eine gleich menschenwürdige Existenz und gleichen Antheil an den geistigen und körperlichen

Lebensgenüssen sichert, sofern er an der Erhaltung und Verbesserung der Gesellschaft nach seinen Kräften mitarbeitet. Durch diese Garantie gewinnt nicht nur der früher Arme, sondern auch der ehemals Reiche, da er die Unsicherheit des Eigentums mit all' ihren materiellen und moralischen Nachtheilen gegen eine absolute Sicherheit der Existenz vertauscht. Indem unser Staat dem bisherigen Eigentümer diese Existenz gibt, erfüllt er nur seine Pflicht, aber auch seine ganze Pflicht. Und wenn er diesen Leuten trotzdem noch mehr gibt, so geschieht das deshalb keineswegs in Anerkennung irgend eines nicht existirenden „Rechtes“ auf solche Mehrleistung, sondern lediglich aus praktischen Gründen, um nämlich den Uebergang aus dem alten Zustand der Dinge in den neuen zu erleichtern. Einzig aus diesem Gesichtspunkte läßt sich die erwähnte Entschädigungsrente rechtfertigen, woraus sich die Art, in welcher sie zu geben ist, leicht ergibt. Wie schon ihr Name sagt, wird diese Entschädigung (richtiger und bezeichnender: Trost- und Beschwichtigungsgeld) nicht auf einmal, sondern als eine Art von Genußmittel-Leibrente gegeben. Sie wird eine mäßige sein, d. h. das Durchschnittseinkommen der Bürger nicht allzu unverhältnismäßig übersteigen; aus diesem Grunde wird sich auch mit der steigenden Größe des expropriierten Vermögens der Prozentsatz der Entschädigung entsprechend vermindern und bei einer gewissen Höhe jede Steigerung aufhören. Diese Rente erhält nur die exproprierte Generation selbst; nach dieser ist auch das letzte Ueberbleibsel der alten Ungleichheit verschwunden.

Ähnlich, wie ich es vorstehend von der Bodenbebauung gezeigt habe, wird unser Staat auf allen Produktionsgebieten vorgehen und dadurch das Privateigentum — soweit nicht große Konzentration des betr. Betriebes dessen sofortigen Uebergang in den Gemeinbesitz möglich und notwendig macht, wie z. B. bei der Montanindustrie (bei den Eisenbahnen\*) und sonstigen Verkehrsinstanzen ist es ja ohnehin selbstverständlich) — nicht nur hindern, dem Gemeinwohl zu schaden, sondern es auch zwingen, in seinem Dienste zu fungieren, dadurch aber sich allmählich selbst aufzuheben. Die Art der Anwendung der aufgestellten Grundsätze auf die verschiedenen Produktionszweige zu erörtern, fühle ich mich nicht berufen, ich wollte nur an einem Beispiele die Grundsätze selbst zeigen; eine derartige, auf Grund des heutigen und der für die nächste Zukunft voraussichtlichen Entwicklung angestellte Untersuchung würde aber ohne Zweifel sehr verdienstlich sein.

Nur einer Art von Privateigentum muß ich noch besonders gedenken, weil bei ihr die vorerwähnten Grundsätze der Natur der Sache wegen nicht durchweg zutreffen, vielmehr wesentliche Modifikationen erleiden müssen. Ich meine jenen Besitz, der heute vulgär allein als „Kapital“ bezeichnet wird, nämlich der Geldbesitz, der Besitz an Leihkapital. Dessen Rolle ist in unserem Staate mit dem Wegfall seiner Voraussetzungen selbstredend gründlich ausgespielt; es hat in einer ökonomischen Organisation, welche lediglich auf Arbeit beruht, absolut keinen Platz mehr. Deshalb kann auch hier von einer allmählichen Expropriation keine Rede sein, sondern muß dieselbe unbedingt sofort und auf Einmal erfolgen. Sämtliche Schulden und Pfandtitel aller Art, heißen sie nun Hypotheken, Wechsel, Privatschuldscheine, Aktien, Pfandbriefe, Börsenspekulationen jeder Gattung, — sie gehen gesehlich alle an den Staat über. Die Expropriierten erhalten eine nach dem faktischen Werth ihres früheren Besitzes bemessene Entschädigungsrente. Vermögliche, d. h. nach Privatbesitzende und nicht lediglich von ihrer Arbeit lebende Schuldner werden vom Staat zur entsprechenden Abtragung ihrer Verpflichtungen an ihn angehalten. Muß die Expropriation des bereits jähbar gemachten Kapitals eine obligatorische sein, so ist dies keineswegs der Fall in Bezug auf das im Privatbesitz befindliche Baargeld. Da der Wegfall des Metallgeldes, des Weisgeldes, mit dem der Handel oder vielmehr die Ausbeutung der Arbeit durch den Handel unzertrennbar verbunden ist, eine notwendige Voraussetzung der sozialistischen Organisation unseres Staates ist, so ist das bisherige Geld in unserm Staat fortan nur mehr einfaches Metall, aus dem sich der Eigentümer Werkzeuge, Kunstgegenstände etc. fertigen lassen kann, aber nicht mehr ein allgemeines Zirkulationsmittel, durch das sich der Eigentümer jeden Augenblick beliebige Genuße zu erkaufen vermag. In Genußmittel umsetzen können die Metallgeldbesitzer dies ihr Eigentum nur mehr auf zwei Arten: Entweder sie treten ihr Geld an den Staat ab, der es zu Leistungen an das Ausland braucht und ihnen dafür Entschädigungsrente gibt. Oder sie gehen mit ihren Geldsäcken in's Ausland, woran sie zu hindern unser Staat gar keinen Grund hat — je weniger Faulenzler, desto besser; wie lange sie übrigens dort ihre Existenz fortkristen, ist eine andere Frage.

Wie ich schon oben bemerkt habe, verzichte ich darauf, alle die mit der sozialistischen Organisation des Produktionswesens Hand in Hand gehenden politischen, administrativen etc. Umgestaltungen aufzuzählen; meine Absicht ist ja, ein bisher vernachlässigtes

Gebiet zu bearbeiten, nicht aber von Dingen zu sprechen, die häufig genug erörtert wurden und werden, daß man wenigstens ein allgemeines Verständniß derselben voraussetzen darf. Aber ein kurzer Hinweis darauf sei mir doch gestattet, welche kolossale Menge von Arbeitskräften durch all diese Umgestaltungen für die Produktion verfügbar werden, die bisher gegen ihren Willen brach liegen oder schädlich wirken mußten (Armee, Theil der Beamten etc.).

Durch diese bedeutende Vermehrung der Arbeitskräfte und den rationellen Betrieb, mit einem Worte durch die Entwicklung und Zusammenfassung aller dinglichen und persönlichen Produktionskräfte zu einem planvoll geleiteten Ganzen wird eine großartige, jetzt noch gar nicht absehbare Vermehrung der Produkte stattfinden. Deutschland z. B. würde unter solchen Verhältnissen bald nicht mehr nötig haben, alljährlich für 100 Mill. Mark an Getreide, Mehl und Fleisch einzuführen, weil dieses Land, sobald erst die ungeheuren gar nicht, schlecht oder falsch bebauten Landstrecken richtig kultiviert und an Stelle der Kräfte vergeudenden Zwergwirtschaft ein rationeller, mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft und Technik arbeitender Großbetrieb getreten sein wird, diese Lebensmittel bald selbst erzeugen könnte. Und dieselbe Produktvermehrung würde auch auf allen Industriegebieten, ja dort erst recht, eintreten, so daß nicht abzusehen ist, woher der Mangel, ja der Hunger, der nach der Prophezeiung von Segnern in unserm Staate bald herrschen soll, kommen sollte; wahrscheinlicher ist vielmehr, daß das gerade Gegenteil davon eintreten wird.

## Der Darwinismus und die Revolution.

(Schluß.)

Eigentlich hat Darwin nur ein Werk vollendet, das schon vor mehr als 300 Jahren begonnen wurde. Der erste Revolutionär der neuern Zeit war der Verfasser der Schrift: „De revolutionibus orbium coelestium“, Nikolaus Kopernikus. Er hat den ältesten und heiligsten Glauben der Menschheit, den Glauben an die Unbeweglichkeit der Erde, umgestoßen und mit diesem Stoffe das ganze Glaubenssystem der alten Welt erschüttert. „Als ein ächter „Umsturzmann“ hat er das Unterste zu oberst und das Oberste zu unterst gestellt, der Erde die Initiative der Bewegung zugeeignet und dadurch allen ferneren und anderweitigen Revolutionen der Erde Thür und Thor geöffnet; er hat der phantastisch-despotischen Herrschaft des Mittelalters, welche sich die Erde über die Himmelskörper, der Papst über die Geister, der Kaiser über die Fürsten und Völker, der Mensch über die Menschen angemacht hatte, für immer den Sarg gemacht; er hat den menschlichen Geist aus den episch-elischen Zauberkreisen des verworrenen, widerspruchsvollen Unsinns einer eingebildeten Welt erlöst und zur Anschauung der wirklichen Welt, zur Einfachheit der Natur zurückgeführt. Er hat mit frecher Hand die bis auf ihn verschlossenen, mit Ausnahme einiger legerischer Denker selbst den größten Geistern des Alterthums undurchdringliche, nur zur Brustwehr menschlicher Beschränktheit, Gedankenlosigkeit und Gläubigkeit dienende Himmelsveste aufgesprengt und dadurch den Blick des Menschen bis in die Unendlichkeit des Unendlichen erweitert und dem gesunden Menschenverstand Eingang selbst in den Himmel verschafft. Der Himmel galt sonst in der Religion für den Thron und Sitz der Gottheit, den Wohnort der Seligen, in der Philosophie für das fünfte Element, wo keine Negation, keine Veränderung, kein Entstehen und Vergehen wie auf der plebejischen Erde stattfinden sollte, kurz: für ein heiliges, göttliches Wesen. Aber alle diese lächerlichen, heiligen Vorstellungen und Ausflüchten, die sich sonst an den Himmel knüpften, hat die moderne Astronomie schonungslos vernichtet; Kopernikus hat die Menschheit um ihren Himmel gebracht, er hat das körperliche Zentrum der Welt, die Erde, in die Reihe der Irsterne eingeführt und das geistige Zentrum der christlichen Welt, die Bibel, in die Klasse der irdenden menschlichen Bücher verlegt.“ (Feuerbach.) Mit vollem Recht wurde das kopernikanische Weltssystem von den Pfaffen und ihrem Anhang förmlich verdammt, mit demselben Rechte sehen wir heute dasselbe Schauspiel dem Darwinismus gegenüber, denn dieser reißt vollends die letzten Bollwerke, hinter denen Lüge und Betrug immer noch ihr Wesen treiben konnten, nieder und in strahlendem Glanze steigt die Sonne der Wahrheit empor und verkündet den erstaunten Völkern den Anbruch einer glücklicheren Zeit. Umsonst ist das Bemühen jener zwar mächtigen, aber kleinen Kaste, die an dem Nacht- und Nebelzustand des Geistes ein gewerksmäßiges Interesse hat, den Aufgang des glänzenden Gestirns zu verzögern oder gar zu verhindern — die Sonne der Freiheit und Bildung, welche im vorigen Jahrhundert nur erst die Höfen der Menschheit überglänzte und erleuchtete, leuchtet heute auch in die Thäler hinunter und das „Volk“ läßt sich schlechterdings nicht mehr in der Beschränktheit und Enge des ihm von seinen „Herrn“ angewiesenen Gesichtskreises festhalten. Mit der Ausbeutung der großen Mehr-

\*) Soweit die Verstaatlichung derselben nicht schon im heutigen Staat stattfindet, welche Ueberführung übrigens in Deutschland gegenwärtig bereits stattfindet, was uns trotz mancher augenblicklicher Nachtheile nur erwünscht sein kann.  
D. H.

heit durch eine kleine Minderheit, mit der Herrschaft Weniger und der geistigen, politischen und physischen Knechtschaft Vieler ist es bald für immer vorbei.

Freilich lassen die herrschenden Klassen kein Mittel unberührt, die errungenen Wahrheiten in ihrer Verbreitung zu hemmen, namentlich ist das brüderlich geeinte Pfaffen- und Junkertum aufs äußerste bemüht, die Volksschule von dem Gift der modernen Naturwissenschaften rein zu halten und eine möglichst armelige, aber streng konfessionelle Schule als Drillanstalt für das Volk gehört zu den höchsten Kulturidealen dieser edlen Sippschaft. Das bloße Verhehlen der Wahrheit ist an sich schon schlimm genug, ein Verbrechen an der Menschheit aber ist es, wenn dieselbe, wie in unsern Schulen, durch eine positive Unwahrheit ersetzt wird, infolge davon unsere Kinder an einem Widerspruch zwischen Schule und Haus, zwischen Worten und Thaten, also kurzweg an Verstellung und Heuchelei gewöhnt werden. Unbekümmert um die erhabenen Lehren der Geschichte, nichtbeachtend die kampfvollen Thaten und schmerzreichen Arbeiten der Menschheit, höhnen und verleugnen die Rechte und Ansprüche, welche durch tausendjährige Arbeiten die Vernunft sich erworben hat, wagt man es heute, zu dem Alten zurückzukehren und die Fesseln, welche die freie Forschung kaum erst zu lockern begonnen hatte, aufs neue fester zu schnüren. Aber in dem Maße, in welchem man die Sprache des Gedankens hemmt, wird diejenige der Gefühle das vorherrschende Verständigungsmittel, und wer den Austausch von Ideen hinterdrückt, wird denjenigen von Kugeln selbst verschulden. Glaubt man denn, die Blutströme vergangener Zeiten seien umsonst vorübergerauscht oder höchstens nur zu dem Zwecke vorübergefloßen, daß gewisse Individuen dadurch nur um so sorgloser in den Hängematten des alten Glaubens sich schaukeln und an dem Strome umsonst verfloßener Jahrhunderte einen Spiegel der Herrlichkeit, Festigkeit und Bestimmtheit ihres partikulären Eigenthums, ihres Glaubens besitzen sollten? Zum Trost lehrt uns die Geschichte, daß gerade dann, wenn etwas am Rande seines völligen Unterganges steht, es noch einmal mit aller Gewalt sich erhebt, als wollte es von Neuem seinen schon vollbrachten Lebenslauf beginnen.

Wägen auch heute die Reaktionäre aller Farben, zitternd vor dem erwachten Volksbewußtsein, den wahnwitzigen Versuch machen, Staat und Gesellschaft um Jahrhunderte zurückzuschleudern; mag Birchow aus Angst vor den Sozialisten die Deszendenzlehre für sich behalten und die Schule noch so sehr bewahren, weil der Darwinismus den revolutionären Elementen zu scharfe Waffen in die Hand liefere; mag Häckel noch so hoch und theuer verkaufen, der Darwinismus führe zu nichts weniger als demokratischen Konsequenzen, sondern sei vielmehr eine aristokratische Lehre; mag das von seiner feilen Presse verhehete und mit dem rothen Geipenste kopfscheu gemachte, selbstständige und feige Bürgerthum noch so angstvoll in die rettenden Arme der Polizei und unter die schützenden Fittige der Kirche sich flüchten — es ist zu spät! Der Mensch des 19. Jahrhunderts will sich nicht mehr beugen vor selbstgemachten Autoritäten, er will nicht mehr erzittern vor selbsterfundnen Schrecken, er will nicht mehr anbetend niedersinken vor selbstgemachten Götzen; denn Furcht und Abhängigkeit sind nach der von ihm gewonnenen Erkenntniß keine Bestandtheile echten religiösen Gefühls, und das Urbild wahrer Frömmigkeit ist ihm nicht das gebuldige Schaf.

Die moderne Naturwissenschaft hat die Fesseln einer vergangenen Weltanschauung zerbrochen und die Grundsteine einer neuen, großartigern Kulturepoche gelegt, deren Eintritt spätern Geschlechtern als eben solcher Abschnitt in der Entwicklung der Menschheit erscheinen wird, wie uns der Sieg des Monotheismus vor 2000 Jahren. An die Stelle des Wunders setzte sie das Gesetz. Wie vor dem anbrechenden Tag erblickten vor ihr Geistes und Gespenster, sie löschte die Scheiterhaufen der Hexen und Kecher und wird nicht müde, den Wust alten Aberglaubens hinwegzufegen, die träben Nebel scholastischer und dogmatischer Vorurtheile zu zerstreuen und dem reinen Lichte der Wahrheit freie Bahn zu schaffen. Sie ist von ihrem staubigen Schuttelherd herabgestiegen und, alles gelehrte Phrasenwerk abstreifend, redet sie jetzt in verständlicher Sprache zu allem Volk, das sie hören will; denn das Recht auf Wahrheit ist kein Monopol, es ist das erste Recht des ganzen Volkes. Und dieses sein Recht läßt sich das Volk nicht mehr verkümmern — merkt's euch, ihr Herren Darwinianer! Und wenn ihr eure erhabene Wissenschaft zur Frohnmagd des Kapitals herabzuwürdigen versucht, indem ihr auf Grund eurer Forschungen den Kampf Aller gegen Alle proklamirt, so laßt es euch gesagt sein: wir durchschauen den Betrug! Wir wissen sehr wohl, daß der Kampf ums Dasein in der ganzen belebten Natur herrscht und sogar das treibende Prinzip in der Entwicklungsgeschichte der Organismen bildet, aber einerseits beruht auch in der Thierwelt dieser Kampf nicht allein auf dem Recht des physisch Stärkeren, — sonst müßte es ja lauter Löwen und Tiger geben! — und andererseits hat, was für die Thierwelt gilt und für die Menschheit auf ihrem langen Weg vom Höhlenbewohner bis zum Kulturmenschen gegolten hat, für die zivilisirte Gesellschaft des 19. Jahrhunderts längst seine Gültigkeit verloren. So gut wir die gewaltigen Naturkräfte, vor denen unsere kindlichen Vorfahren anbetend niedersanken, uns dienstbar gemacht haben und uns schützen vor ihren drohenden Ausbrüchen und verheerenden Wirkungen, denen jene sich rettungslos preisgegeben sahen, so gut haben wir auch das Recht und die Pflicht, jenes naturgesetzliche Prinzip, mit dessen Hilfe wir uns so unendlich weit über unsere thierischen Vorfahren erhoben haben, zu überwinden und zu beherrschen, denn der kulturhistorische Prozeß der Menschheit zeigt in letzter Instanz nichts anderes, als eine allmählig immer weiter schreitende Beherrschung der Natur durch den Menschen, d. h. eine Emanzipation von den Naturgesetzen.

Heute herrscht allerdings noch der Kampf ums Dasein in seiner rohesten Form; derjenige, welcher durch Geburt, Erziehung, Freunde u. bevorzugt ist, welcher die besten Waffen besitzt und die schwächsten Feinde sich gegenüber findet, der hat die meisten Aussichten, zu gewinnen; besser als andere kann er sich eine Stellung verschaffen, von deren Höhe herab er seine weniger begünstigten Mitmenschen verachten kann. Es gab eine Zeit, da man sich scheute, diese Blut- und Eifentheorie einzugesehen und mit dem rechten Namen zu benennen, jetzt aber wagt es eine gewisse Sorte von verschlagenen Politikern und hinterlistigen Betrügnern, auf die Entdeckungen der Wissenschaft hinzuweisen mit den Worten: „Seht, das ist das fatale Naturgesetz; also will

es das Geschick der Menschheit, dem wir nicht entkommen können!“ Wohlan! „Die Gewalt regiert“, sagen die Vertheidiger der sozialen Ungleichheit! Ja, die Gewalt regiert, sagt die moderne Ausbeutung in ihrer brutalen Vollkommenheit. Was aber die Politiker sagen, was die Ausbeuter sagen, können das wir, die Revolutionäre nicht ebenfalls sagen? Ist es denn nothwendig, daß das Recht des Stärkeren immer zu Gunsten der Ausbeutung regiert? „Gewalt geht vor Recht“ hat Bismarck nach so vielen Andern gesagt; gut! bereiten wir den Tag vor, da Recht vor Gewalt gehen wird.

Wenn es wahr ist, daß die Ideen der Solidarität sich mehr und mehr ausbreiten; wenn es wahr ist, daß die Errungenschaften der Wissenschaft bis in die niedersten Hütten dringen, wenn es wahr ist, daß die Wahrheit zum Gemeingut Aller wird, wenn die Entwicklung im Sinne der Freiheit und Gleichheit, der Gerechtigkeit und Menschenliebe fortschreitet, so werden die Arbeiter, die Pioniere einer neuen Zeit, welche zugleich im Besitze des Rechtes und der Gewalt sind, die Revolution durchzuführen, welche das „Reich Gottes“ auf Erden einrichten und alle Menschen zu Menschen machen wird!

## Der Krieg um die Rechtschreibung.

Gedanken über Kanzlerwillkür und Reichstagsdummheit.

Von einem Lehrer.

Ist denn aus deutschen Landen alles Schamgefühl entflohen? Oder ist der blaue Dunst, welchen ein allmächtiger Minister und Reichskanzler zu machen versteht, so stark, daß durch ihn alles klare Sehen verhindert wird? Oder ist der Rebel nur im Haupte einer hochblühenden „Volksvertretung“ und benimmt derselbe alle Fähigkeit zu denken? Im Erzgebirge hungern die Arbeiter; in Schlesien auch; Arbeitslosigkeit und Nothstand überall! Die faule, feige Bürgerschaft aber zittert vor dem rothen Gespenst. Die Steuerlast ist kaum zu tragen und doch Erhöhung derselben in sicherer Aussicht. Dann Vermehrung des Militärs! Und was ist die Volksvertretung? — Sie beschließt sich — hört! hört! — mit der deutschen Rechtschreibung!

Ist das nicht Hohn? Der Boden Deutschlands glüht vor vulkanischer Bewegung; aber der dumme Bürger will es vor lauter Furcht nicht merken, ehe er nicht sich den Steig verbrennt, ehe nicht sein Lagerstroh in Flammen steht! Und Bismarck? Man weiß nicht, ob man den Mann bewundern soll wegen seiner geschickten Behandlung unserer famosen Volksvertretung oder verachten, weil er mit klarem Bewußtsein das deutsche Volk einem Bürgerkrieg entgegenführt. Und die deutsche Volksvertretung? Nun ja, die beschließt sich mit der — Rechtschreibung; und um recht schreiben zu lernen, läßt sie das Recht nach Herzenslust mit Füßen treten. Doch das ist ja auch interessant und wichtig, daß wir deutsch schreiben lernen und keine Kleinigkeit; denn hört! der Reichskanzler interessiert sich dafür, es ist sogar ein Konflikt im Ministerium — das muß doch wichtig sein! Bismarck ist für die alte historische Rechtschreibung, Puttkammer und Stosch sind für die neue phonetische; es werden Erlasse veröffentlicht, Puttkammer kann nicht bleiben — Alles wegen der Rechtschreibung! Es wird eine Vorlage an den Reichstag kommen, die Sache muß genau untersucht werden, und — widerliches Bild — die Volksvertretung stürzt sich in diese Untersuchung und ist taub und blind gegen das, was während dessen vorgeht! Bismarck sieht dasselbe Bild, gerade so, wie wir es hier schildern, und verachtet eine Volksvertretung, welche sich so nachfahren und treten läßt. Wahrhaftig, er lacht nicht, sondern er verachtet und hat ein Recht zu verachten. Aber er hat keinen Theil an der Blindheit unseres Reichstages.

Oder meint man, daß Bismarck nicht weiß, was im Volke vorgeht? Seine Handlungen beweisen das Gegentheil; sie zeigen, daß Bismarck gar wohl das Bewußtsein hat von dem Kampfe, welcher bereits zwischen der Sozialdemokratie und der absoluten Monarchie entbrannt ist und noch viel heftiger und blutiger entbrennen wird. Die Sozialdemokratie rüstet zum Kampfe durch die Agitation, das einzige Mittel, welches ihr zu Gebote steht. Ihr gegenüber hat Bismarck reiche Mittel. Erstens versucht er der Sozialdemokratie den Boden streitig zu machen, indem er ihre Ideen auf seine Weise verwirklichen will, durch das Monopol; denn durch dieses würde ja in der That der Staat das Risiko der Produktion übernehmen und die Arbeiter gegen die Schwankungen und Uebermacht des Kapitals sicher stellen können; ob es wirklich der Fall sein würde, ist freilich sehr fraglich. Auch kann die Sozialdemokratie niemals darauf eingehen, denn sie ist demokratisch, und nur durch sie können durch die Uebergabe der Produktion und ihres Ertrages an die Arbeiter, diese wirklich sichergestellt werden. Auf eine Demokratie kann Bismarck wiederum nicht eingehen, denn er ist ein Junker und kein Petrus. Das zweite Kampfmittel Bismarcks ist das Sozialistengesetz, durch welches er die Agitation zu hindern sucht und die Gegner materiell an ihrem Vermögen und Hülfsmitteln schädigt. Das dritte Mittel ist die Unterdrückung der Press- und Redefreiheit und hängt mit dem zweiten eng zusammen, zieht aber weitere Kreise in Mitleidenschaft. Das vierte Mittel ist aber positiv: die Verstärkung der Heeresmacht; sie soll die absolute Monarchie (denn das wir eine konstitutionelle hätten, wird sich wohl Niemand einbilden, welcher einigermaßen klar sieht) die kommende Revolution niederzuschlagen. Denn die Zucht des preussischen Unteroffiziers ist anerkannt eine wirksame und weiß manchem guten Deutschen Liebe zum Herrscherhause einzuprägen; außerdem ist die Macht in Waffen größer, also auch die Aussicht des Sieges auf jener Seite.

Bismarck weiß seine Pläne wohl zu berechnen und durchzuführen. Er hütet sich allerdings, dieselben offen darzulegen, denn er müßte ja unserer „Volksvertretung“ dann selbst die Augen öffnen. Deshalb läßt er, der verantwortliche Minister, sich niemals sehen und unverantwortliche Staatssekretäre für sich reden — herrliche Verantwortlichkeit! Dann rechnet er unsehbar auf die Dummheit der erleuchteten „Volksvertretung“, und diese Berechnung ist vollkommen sicher. So bei der Militäretatschelte: Seht in Rußland die Militäristen und ihr verwerfliches Treiben! „Seht nach Frankreich! Zwar droht uns dort kein Krieg, wir brauchen die Armeevermehrung eigentlich gar nicht — indess es ist uns nur um des lieben Friedens willen.“ Und die Volksvertretung schaut nach Rußland, blickt nach Frankreich und sieht nicht, was

im eigenen Lande vorgeht, sondern bei diesem Augenblicke wird sie abgelenkt und fällt in einen magnetischen Schlaf, schlimmer als den von Professor Hansen herbeigebachten. Und wie im Traume nickt sie dann ihr „Ja“ und das Militärgesetz ist durchgegangen! Damit der Reichstag sich ja nicht zu lange mit der anstrengenden Politik befasse, wich ihr dann ein anderer Brocken hingeworfen und über der — Rechtschreibung vergißt sie alles andere, namentlich die sozialen Verhältnisse; so ist das gefordert, daß keiner je auf schlimme Gedanken komme.

Bismarck, anstatt dem Volke entgegenzukommen, greift zu den gewaltthätigsten, tyrannischsten Mitteln und scharft dadurch den Haß und den Gegensatz zwischen Volk und Monarchie, er führt so mit klarem Bewußtsein das Land einem blutigen Bürgerkrieg entgegen. Die elendeste Rolle aber spielt die „Volksvertretung“. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß die Arbeiterfäuste die ganze Gesellschaft auseinanderjagten und ihr mit Ruthen das Recht recht auf den Rücken schrieben!

## Erwiderung.

In No. 12 des „Sozialdemokrat“ hat ein Parteigenosse „aus Süddeutschland“ mich wegen meiner Rede, die ich am 2. März im deutschen Reichstag gehalten, deßhalb angegriffen, weil ich darin unter anderem erklärte, daß auch die Sozialdemokratie gegen einen äußeren Feind Front machen werde, wenn ein solcher wirklich deutsches Gebiet angreife. Diese Erklärung — die übrigens nichts weniger als in einer feierlichen Weise abgegeben war, wie man dies nach der eifrigen Verberkung durch das Wolffsche Telegraphenbureau glauben könnte — hat den Zorn des süddeutschen Genossen erregt, der darin eine Art von Prinzipienverstoß erblickte zu müssen glaubte.

Ich erkläre nun, daß ich meine damaligen Worte auch heute voll und ganz aufrecht erhalte und daß, wenn es Parteigenossen gibt, die das glauben, ich sei „zu weit“ gegangen, ich andere in Menge gefunden habe, die sagen: es sei durchaus nothwendig gewesen, eine solche Erklärung resp. Erklärung unseres Standpunktes abzugeben, um der geflüsterlich verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, als sei die international gesinnte deutsche Sozialdemokratie in dem Sinne vaterlandslos, daß es ihr völlig gleichgültig sei, ob eine beliebige fremde Macht Feind deutschen Gebietes an sich reißt, oder ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme. Nach dem Tode, den der Genosse aus Süddeutschland angeschlagen hat, soll diese Gleichgültigkeit die einzig richtige Taktik der deutschen Sozialdemokratie sein, und unsere Freunde verbreiten diese Auffassung in der That seit langem geflüsterlich und mit gutem Erfolg. Ich bestreite aber die Richtigkeit dieser Auffassung ganz entschieden.

Wir bekämpfen den Patriotismus nicht an und für sich, sondern nur in so fern, als dieser als Heilmittel gegen fremde Nationalitäten dient, als er dazu benützt wird, den Chauvinismus, den Nationalitätenhaß und die Nationalitätstheorie groß zu ziehen, um mit Hilfe dieser Eigenschaften beliebige Kriege entzündet zu können, die nur dazu dienen sollen, die Ketten, die das Volk trägt, weniger sichtbar zu machen, indem man seine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen nach Außen ablenkt und sucht. Der Patriotismus, der in der Liebe zu dem Lande besteht, in dem man geboren, in dessen Sitten und Sprache man erzogen ist, der mit einem Wort den Boden bildet, in dem unser Sein wurzelt und sich entfaltet, dieser Patriotismus wird von der Sozialdemokratie nicht nur nicht verworfen, er wird dadurch tagtäglich von ihr im höchsten Maße geübt, daß sie das System, das auf diesem Boden herrscht, mit aller Kraft und allen Verfolgungen zum Troß bekämpft und zerschmettert, der diesen Boden verlassen will, zuruft: „Hic Rhodus, hic salta“ — bleibe hier und kämpfe mit, hier ist der Boden, auf dem wir die neue Welt, die neue Welt zu erkämpfen und zu schaffen haben.“

Diese einfache Thatsache beweist, daß uns das Land, das unsere Heimath ist, trotz unserer weltbürgerlichen Gesinnung nicht gleichgültig ist und wenn dies richtig ist — und unsere ganze Thätigkeit für bessere Zustände in unserm Heimathlande beweist es —, so kann der Genosse aus Süddeutschland auch nicht bestreiten, daß die erste Bedingung für die Befreiung dieses Bodens in unserem Sinne die ist, daß dieser Boden dem Volke, das auf ihm lebt, gehört, und nicht fremde Erben sich auf demselben breit machen. Unsere weltbürgerliche Gesinnung bedingt oder fordert nicht die Gleichgültigkeit gegen das Heimathland; sie bedingt vielmehr die brüderliche Gesinnung gegen die Bewohner aller anderen Länder, vorausgesetzt daß man dort die gleiche Gesinnung gegen uns hegt. Mich aus brüderlicher Liebe zu einem Andern, der mich halb todt schlagen zu lassen, würde einfach an Wahnsinn grenzen.

Die wichtigste die nationale Einheit, wie immer sie gestaltet sein mag, auch für die ökonomische und die sozialistische Entwicklung ist, das haben uns die letzten 10 Jahre gezeigt. Was hat der sozialistische Bewegung in Deutschland seit 1871 den mächtigen Aufschwung gegeben, der unsere Feinde zittern machte und die endliche Vereinigung der früher sich heftig bekämpfenden Fraktionen herbeigeführt hat? Einfach der Umstand, daß mit Beendigung des deutsch-französischen Krieges der Fankampf über die nationale Gestaltung Deutschlands so gut wie beendigt war und gleichartige wirtschaftliche Gesetze die Gleichartigkeit der ökonomischen Entwicklung möglichst förderten.

Wäre der Genosse aus Süddeutschland älter und erfahrener in der Bewegung, als er augenscheinlich ist, so würde er wissen, wie eine der Hauptkontroversen zwischen dem Allg. deutschen Arb.-Berein und den Eisenachern vor 1870 die Stellung zu den Ereignissen des Jahres 1866 und deren Folgen war. Er würde aber auch ferner wissen, daß seine Ansicht, die deutsche Sozialdemokratie habe sich auch in einem Angriffskriege seitens des Auslandes einfach neutral zu verhalten, schon durch die Stellung, welche dieselbe den Ereignissen des Jahres 1870 gegenüber einnahm, als eine grundirrigte anerkannt wurde. Als der Krieg von 1870 ausbrach, war in der ganzen deutschen Sozialdemokratie darüber kein Zweifel, daß man bei einem Angriffs- und Eroberungskriege gegen Deutschland verpflichtet sei, alles für die Vertheidigung der nationalen Unabhängigkeit anzubieten. Wohl aber waren damals die Meinungen darüber sehr gespalten, ob der von Napoleon formell erklärte Krieg wirklich ein Angriffs- und Eroberungskrieg und nicht vielmehr ein durch die Bismarck'sche Politik gewollter und angelegener sei.

Diese letztere Ansicht hatten damals im norddeutschen Reichstag Liebknecht und ich — und diesen Standpunkt habe ich in der hier in Frage stehenden Rede am 2. März im Reichstag aufs neue gewahrt — und wir haben demgemäß damals die Erklärung ab, daß zwar Napoleon den Krieg erklärt, derselbe aber das nothwendige und gewollte Resultat der Bismarck'schen Politik sei, weshalb wir uns der Abkündigung für Bewilligung der Kriegsmittel enthalten mußten. Dieser Ansicht standen die damaligen Vertreter des Allg. deutschen Arb.-Ber. (Schweitzer, Hagen-clever, Frische) diametral gegenüber. Sie erklärten: der Krieg sei unzweifelhaft ein Vertheidigungskrieg von deutscher Seite, und für diesen die Mittel zu bewilligen sei eine Pflicht, der gegenüber alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten zu verschwinden hätten; und sie stimmten demnach für die Bewilligung. Und diese letztere Auffassung wurde getheilt vom Ausschuß der Eisenacher (Bracke, Spier u.), der sich gegen Liebknecht und mich erklärte, und mit diesem eine Reihe Mitgliedschaften-Einigkeit wurde erst erzielt, als durch den Sturz Napoleons der angebliche Friedensförderer verschwunden war und durch die nunmehr offen betriebene Agitation für die Annexion von Elsaß-Lothringen aus dem Vertheidigungskrieg ein Eroberungskrieg wurde.

Diese Auffassung eines geschichtlichen Vorkommnisses im Leben der deutschen Sozialdemokratie dürfte dem süddeutschen Genossen beweisen, daß die von ihm verlangte absolute Neutralität auch in einem Angriffskriege auf wirklich deutsches Gebiet etwas schwerer aufrecht zu erhalten sein dürfte, als er sich vorstellt. Und es liegt das ganz in der Natur der Sache.

Zum Ueberflus will ich ihm noch mittheilen, daß gerade Genosse Kayser, auf den er sich in seinem Angriff auf mich für seine Ansicht glaubt berufen zu dürfen, es war, der sein volles Einverständnis mit meiner Erklärung sofort im Reichstag aussprach, „weil damit ein für allemal dem albernen Geschwätz, als wollte die deutsche Sozialdemokratie deutsches Land jedem beliebigen Eroberer Preis geben, ein Ende gemacht

werde." Mit der Beratung auf Hasselmann dürfte der verehrte Genosse nach jenes' ganzer bisheriger Auffassung ebensowenig blind haben; sicher ist es aber lächerlich, wenn er glaubt, dessen dreimonatliche, ungeschuldig verurtheilte Untersuchungshaft als Motiv für eine kurzfristige Politik der Rache einem Genossen gegenüber anzuführen zu dürfen, den das heutige System bis jetzt drei und ein halbes Jahr, und zwar nach seiner Meinung auch unschuldig, hinter Schloß und Riegel gehalten hat.

Ich begreife den Haß und die Erbitterung, welche unsere Genossen über unsere Zustände und die uns widerwärtige Behandlung empfinden; ich theile diese Gefühle vollständig und sehr lieber heute als morgen, daß diesen Zuständen der Insamie, einerlei wie, ein Ende gemacht werde. Aber es ist ein vollständiges Verkennen aller geschichtlichen Entwicklungen und der Vorbedingungen dazu, wenn der süddeutsche Genosse glaubt, daß eine feindliche Invasion oder gar die Abreiseung deutscher Gebiete für die Entwicklung und den endlichen Sieg der deutschen Sozialdemokratie gleichgültig, wenn nicht gar förderlich sei. Die erste Lebensbedingung für jedes Volk ist seine nationale Unabhängigkeit, und daher sind nationale Befreiungskriege und daraus folgende nationale Unabhängigkeit die erste Vorbedingung für jede höhere und eigenartige Kulturentwicklung eines Volkes. Ein Krieg, der Deutschland zwänge, für seine nationale Unabhängigkeit einzutreten, würde eine so gewaltige Ausfristung der Kräfte herbeiführen, daß gegenüber diesem einen Zweck alles andere als reine Nebenache erschiene, und jede Partei unmöglich wäre, die sich diesem widersetze oder gleichgültig verhalte. Das ist nicht bloß meine Auffassung, das ist auch die Auffassung eines sehr hervorragenden, bekannten deutschen Parteigenossen im Ausland, der mir kürzlich schrieb: „Ein europäischer Krieg, in dem Deutschland für seine Unabhängigkeit kämpfen müßte, wäre das größte Unglück, das die deutsche Sozialdemokratie treffen könnte; er würde die Bewegung um 20 Jahre zurückwerfen.“

Ich meine, über das, was die deutsche Sozialdemokratie im Falle eines Angriffskrieges zu thun habe, könnten wir uns bei unseren französischen Genossen sehr leicht Rathes erholen. Wenn Sozialisten je Ursache hatten, mit einem Regime unzufrieden zu sein, so waren es die französischen Sozialisten unter dem dritten Kaiserreich. Unsere französischen Genossen waren 1870 so gut wie gegen den Krieg, als aber der Feind in Folge des Kriegs ihr Land überschwebte und diesem der Verlust von Provinzen drohte, da hat sich auch nicht eine sozialistische Stimme in ganz Frankreich erhoben, die mit Hinweis auf die herrschenden Zustände von dem Kampfe bis zum äußersten abgerathen hätte. Alle haben gekämpft, bis der Kampf zu Ende war. Glaubt man der Genosse aus Süddeutschland, daß die französischen Genossen sich weigerten, die Waffen zu ergreifen — einerlei, wer in dem Moment in Frankreich am Ruder saß — wenn es sich um die Abwehr von Invasionen und die Befreiung handelte? Sicher nicht. Und da glaubt er, die deutsche Sozialdemokratie könne und müsse Gewehr beim Fuß ruhig zusehen, wenn z. B., was immer für eine Regierung in Frankreich, nach dem linken Rheinufer — der Rheinpfalz, Köln, Koblenz, Mainz u. — oder Rußland nach den deutschen Ozeanprovinzen greife? Besteht denn die internationale Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie darin, daß sie jeder fremden ausländischen Macht das Recht zuspricht, Deutschland zu mißhandeln und nach Belieben zu zerstören? Ich glaube, dafür dürfte sich auch der süddeutsche Genosse bedanken.

Und glaubt man mir begegnen zu können, mit dem Hinweis auf den Gebrauch, den die französische Sozialdemokratie mit den Waffen in der Hand auch gegen ihre inneren Feinde gemacht habe, so antworte ich: Was die deutsche Sozialdemokratie damit thun will oder thut, habe ich nicht präjudiziert. Es ist vielleicht die gute Seite von dem System, das jetzt in Deutschland seine höchsten Triumphe feiert, daß es, um sich selbst zu schützen, seine eignen inneren Feinde und die, die es naturgemäß noch werden müssen, in den Waffen üben muß! Die Zukunft wird darüber entscheiden!

Es mag der Sozialdemokratie sehr hart antommen, eventuell in einem Kampf für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das heimliche jamaika Regierungssystem und ihre Todfeinde mitvertheiligt zu müssen; aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los — diese können der einheimischen Tyrannei nur das Leben verlängern, das hat 1813—16 bewiesen —, sondern allein durch eigene Hülfe, durch die Uebertreibungen des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. Wir geben uns, indem wir unser Land und uns selbst — nicht unsere Feinde und deren Institutionen, die vorübergehende sind — gegebenen Falles vor Zurückhaltung und Unterjochung schützen, nicht „um Volkswort her, um unsern wackeren Polizisten und Richtern Schutz vor dem Feinde zu bieten“, wie der verehrliche Genosse aus Süddeutschland höhnt, sondern um selbst freie Hand zu haben, uns mit unsern Feinden zu Hause in's Keine setzen zu können. Es könnte eine Zeit kommen, wo ein russischer Kaiser mit seiner Armee in Berlin den Feinden der Sozialdemokratie sehr genehm, ihr selbst aber sehr un bequem wäre.

In meiner Rede vom 2. März ist nicht ein Wort, das unserm Standpunkt etwas vergäbe, denn wir vertheidigen in einem Vertheidigungskrieg nicht unsere Feinde und deren Institutionen, sondern uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserm Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Thätigkeit bildet. Nur eine durch — allerdings begründete — Verbitterung getriebene Einsicht kann diese einfache und selbstverständliche Auffassung zu einer Art von Verbrechen stempeln.

Leipzig, 10. April 1880.

K. Bebel.

## Zur Frage der Taktik.

Die von der deutschen Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes eingehaltene Taktik hat in Kreisen außerdeutscher Sozialisten nicht selten Widerspruch und Bekämpfung erfahren, welche durch einige ungeschickliche deutsche Sozialisten noch gesteigert worden sind und eine schandbare Begründung erhalten haben. Einen Theil der Schuld hieran trägt ohne Zweifel der bebauerliche Mangel eines Parteiprogramms während des ersten Jahres des Sozialistengesetzes, wodurch eine Erklärung der die Marsch- und Kampftaktik unserer Partei bestimmenden Umstände unmöglich gemacht und die ausländischen Genossen ununterrichtet ihren falschen Vorstellungen über die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Verhältnisse überlassen wurden. Wie sehr dieser Mangel eines Parteiprogramms zur zeitweiligen Milderung der gegenwärtigen deutschen Bewegung beitrug, zeigt am besten die Thatfache, daß von dem ersten Erscheinen des „Sozialdemokrat“ an die vielfach irrigen Ansichten über unsere Taktik und ihre theilweise Bekämpfung seitens der ausländischen sozialistischen Presse sich allmählich und unaufhörlich vermindert haben. Jetzt können wir feststellen, daß unsere Partei — von verschwindenden und vorübergehenden, gar nicht in die Waagschale fallenden Ausnahmen abgesehen — heute weder in den österreichischen, schweizerischen, niederländischen, spanischen, dänischen, amerikanischen, noch in den französischen, wälonischen, italienischen, polnischen oder sonstwelcher Nationalität angehörigen Organen des Sozialismus ähnlichen Vorurtheilen und absperrigen Meinungen begegnet, wie in dem Zeitraum vom Beginn der Herrschaft des Sozialistengesetzes bis zur Neubegründung unseres Parteiprogramms.

An der Hand des letzteren haben sich die außerdeutschen Genossen überzeugt, daß die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse so außergewöhnliche sind, daß sie nicht so ohne weiteres von außen her beurtheilt werden, und daß auf die so gewonnene Meinung nicht Erwartungen und Forderungen an unsere Partei bezüglich ihrer politischen Haltung geknüpft werden können; die außerdeutschen Genossen sind dann ferner zu der Einsicht gekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie denn doch weder ihren Grundgedanken ungetreu geworden ist und aufgehört hat, eine revolutionäre Partei im vollen Sinn des Wortes zu sein, noch daß sie die politischen Einsicht verloren hat und den durch die Entwicklung der Verhältnisse erhöhten Anforderungen nicht gewachsen ist. Allerdings erkennt jetzt Feind und Freund, wie unsere Partei zwar nicht unsehbar und über jeden Irrthum erhaben war und ist, wie aber ihre Haltung, oder mit andern Worten: ihre Taktik im großen Ganzen die Sache des Sozialismus in Deutschland nicht nur gegen die Schläge des von Regierung und Bourgeoisie gegen sie begonnenen Kampfes auf Leben und Tod freit, sondern sogar ihre Anhänger vermehrt, ihre Kräfte und ihren Einfluß vervielfacht hat.

Ungetheilten Beweises aber hat im Lager des internationalen Sozialismus die neueste Phase unserer Parteientwicklung gefunden, welche in dem in

Nr. 9 unseres Parteiprogramms veröffentlichten Aufruf „An die deutschen Parteigenossen“ ihren Ausdruck gefunden hat. Es thut uns leid, daß uns die Beschränktheit unseres Raumes daran hindert, die unbedingt bestimmenden Urtheile zur Kenntniß der deutschen Genossen zu bringen, welche die sozialistische Presse der ganzen Welt, sowie auch nahestehernde wirklich freisinniger und radikaler Organe über die in jenem Aufruf zum Ausdruck gekommenen Ansichten und Entschlüsse gefaßt hat. Selbst der „Révolté“, das Organ der Anarchisten, spricht nach einer längeren, allerdings mit verschiedenen Irrthümern behafteten Besprechung der deutschen Bewegung und nachdem er die kennzeichnendsten Sätze des Aufrufes mitgetheilt, seine Verwunderung und seine Sympathie mit letzterem aus.

Indessen geht sowohl das genannte Organ als manche andere sozialistische Stimme außerhalb Deutschland hierbei von einer falschen Anschauung aus, nämlich von der: daß seit einiger Zeit und namentlich mit jenem Aufruf eine komplette Aenderung der Taktik der deutschen Sozialdemokratie, ein plötzliches Ueberdenken von dem „gesetzlichen“ ins revolutionäre Fahrwasser eingetreten sei. Dies ist nun aber keineswegs der Fall. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihrer Entstehung eine revolutionäre Partei, weil ihr Prinzip ein revolutionäres ist. Was aber die Mittel zur Durchführung desselben — oder mit andern Worten die Taktik — betrifft, so sind diese nicht etwas ein für allemal Gegebenes, sondern haben sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten. So lange uns das Gesetz wenigstens die formelle Möglichkeit bot, unsere gerechten Forderungen auf dem friedlichen „gesetzlichen“ Weg zur Anerkennung und Durchführung zu bringen, so lange wäre es ein Unsinns gewesen, uns selbst außerhalb des Gesetzes zu stellen und damit das Odium des böswilligen Friedensstörers auf uns zu nehmen. Heute ist von unsern Feinden die letzte Möglichkeit der friedlichen Geltendmachung unserer Rechte hinweggenommen und der Weg der gewaltsamen Aneignung des wahren der alten Welt der Klassenherrschaft und der neuen Welt des Sozialismus anzutragenden Streites betreten, bezw. die konsequente Fortsetzung des im Oktober 1875 „provisorisch“ begonnenen Kampfes beschlossene worden. Dadurch ist unsere Stellung eine wesentlich veränderte geworden.

Die Entwicklung der deutschen Bewegung zu dem gegenwärtigen Stadium war längst vorauszu sehen und hat sich auch keineswegs plötzlich vollzogen; aber sie durfte nicht überhastet werden, sondern mußte sich naturgemäß, in Ansehung an die begleitenden Umstände vollziehen. So wenig als erfolgreiche Revolutionen „gemacht“ werden können, ebenso wenig kann die unwillkürliche Aenderung der Taktik einer großen Partei mit Aussicht auf Erfolg von einigen „Führern“ decretirt werden; sie muß vielmehr das Ergebnis der Entwicklung der ganzen Partei und der allgemeinen Lage sein.

Unsere Partei ist jetzt in ein solches Entwicklungsstadium getreten und deshalb war der gethane bedeutsame Schritt eine Nothwendigkeit; die Partei wird in ihrer Entwicklung nicht innehalten und es wird nicht allzulange anhalten, bis wir von weiteren Fortschritten melden können. Diese Entwicklung der Dinge mag wol manchem Ungebildigen zu langsam dünken; aber sie allein behält uns vor einer fruchtlosen, den Keim der Zukunft in sich tragenden Früchte und verbürgt uns eine gesunde, dauerhafte Frucht!

Wir müssen uns für heute auf diese allgemeine Ausführung beschränken, indem wir ein Urtheil über die Taktik unserer Partei anführen, welches von einem Organ gefaßt wird, welches sich wiederholt und noch vor kurzem sehr abfällig über unsere Taktik geäußert und Vergleiche zwischen der deutschen Sozialdemokratie und andern Revolutionsparteien gezogen hat, welche für letztere nachtheilig ausfielen. Dieses gewiß unparteiische Organ, die „New-Yorker Volkszeitung“, läßt sich jetzt folgendermaßen vernehmen:

„Die Ereignisse schreiten rasch in unserer viel bewegten Zeit, welche so recht die Zeit der Tagesblätter ist. Kaum hat man in irgend einer Tagesfrage von sozialer Bedeutung einen Standpunkt eingenommen, als sich die Verhältnisse ändern, die Voraussetzungen, die man seiner Argumentation zu Grunde gelegt, umgestürzt werden und der ganze zu besprechende Gegenstand sich in ganz anderer Form präsentiert, als er noch vor wenigen Tagen erschien.“

Weshalb ist es uns mit der Besprechung der zwischen der Sozialdemokratie und dem Nihilismus bestehenden Differenzen ergangen. Wir haben gesehen, daß dieselben aus taktischen Fragen entspringen sind, zu denen dann erst später prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beigetreten sind. Die „Jahreszeit“ der Sozialdemokraten, der Widerspruch zwischen der von ihnen stets gepredigten „Gesetzlichkeit“ der Mittel und dem revolutionären Charakter, der nothwendigerweise jeder sozialistischen Bewegung innewohnt, die ängstliche Verleugnung jeder Solidarität mit anderen, weniger „gemäßlich“ auftretenden sozialistischen Richtungen, — dies sind die Hauptpunkte der von den „Nihilisten“ gegen die Sozialdemokratie erhobenen Anklagen. Und nun haben die Ereignisse selbst eine Antwort auf dieselben gegeben, die weit besser und entscheidender ausgefallen ist, als irgend eine noch so überzeugende Argumentation.

Wir meinen die von uns in voriger Woche mitgetheilte Erklärung des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie, die eine vollständige Aenderung der Parteitaktik ankündigt und offen die Fahne der sozialen Revolution aufsteht. Diese Erklärung enthält vor Allem deshalb eine entscheidende Antwort auf alle Anklagen der sozialdemokratischen Taktik, weil sie nicht der Laune dieses oder jenes „Führers“ entsprungen ist, sondern als Resultat einer tiefgehenden Ueberlegung im Geiste der gesammten Partei zu betrachten ist. Durch ihre Willkür im Großen — in der Gesetzgebung —, wie im Kleinen — im Klassenkrieg gegen jeden sozialdemokratischen Arbeiter — haben die herrschenden Klassen Deutschlands die Sozialdemokratie gewaltsam auf revolutionäre Bahnen getrieben. Daß die leitenden Geister der deutschen Bewegung dieses Resultat richtig vorausgesehen und geduldsig abgewartet haben, ohne vor der Zeit mit papierernen Säbeln zu rassen, bekundet ihrerseits einen hohen Grad von politischer Klugheit und eine genaue Kenntniß des Volkscharakters, mit dem sie zu thun haben.

Im Verkennen der Bedeutung dieses letzten Faktors liegt eben der Kern aller Mißverständnisse, welche zwischen den beiden Richtungen unserer Bewegung bestehen. Jeder urtheilt unbewußt vom Standpunkt seiner Rationalität, unter dem Einfluß der sozialen Verhältnisse seines Landes, ohne dabei die Lehre des russischen Sprichwortes zu beherzigen, das besagt: kein König darf seine Disziplin einem fremden Kloster anordnen.

Die Eigentümlichkeiten der sozialdemokratischen Parteitaktik, die den Vertretern des russischen Sozialismus so peinlich aufstießen, erklären sich ungeachtet aus solchen, von den Anklägern außer Acht gelassenen nationalen Eigentümlichkeiten des deutschen Volkes. Wenn die deutsche Sozialdemokratie in ihren Lokaltätbezeugungen nach den Akzenten ein bißchen sehr weit gegangen ist, allerdings viel weiter, als die russische radikale Presse es in ähnlichen Fällen zu thun pflegte, so geschah dies keineswegs nur aus Rücksicht auf die Regierung, in dem Wahne, die Lokaltät könne die Partei vor Repressionsmaßregeln bewahren, sondern vor Allem aus Rücksicht für das Volk selbst. Der Krieg mit Frankreich, der daraufhin läppig emporgewanderte Rationalitätsdusel hatten gerade in den letzten Jahren eine der Grundtätigkeiten des deutschen Volkscharakters, welche die Bewunderer den „schwärmerischen Zug“, die Spötter aber schlechtweg — „Nihilisten“ nennen, zur vollen Blüthe gebracht. Mit dieser Eigentümlichkeit mußte eine Partei, die zur wahren Volkspartei emporgewachsen war, wohl oder übel rechnen und dadurch erklären sich sowohl das Verhalten der sozialdemokratischen Organe nach den Akzentaten, wie auch einige andere, nicht gerade ansprechende Absonderlichkeiten der damaligen Agitation, wie z. B. das hohe, süßliche Pathos, der nicht selten schablonenhafte Charakter der Reden und Schriften, auf den schon im vorigen Jahre einer der scharfsinnigen deutschen Agitatoren in dem „Jahrbuch der Sozialwissenschaft“ (Abtheilung auf die sozialistische Bewegung in Deutschland) hingewiesen hat. Alle diese und ähnliche Eigentümlichkeiten der deutschen Bewegung mögen für einen fremden Beobachter sympathisch oder antipathisch sein, — dies macht nichts zur Sache: sie sind und bleiben auf thatsächlichen Charakterzügen des Volkes begründet, die einmal nicht wegzulugnen sind. Jedes Volk erfährt die revolutionäre Idee des Sozialismus auf seine Art und weise der Partei, die in ihrer Agitation dem Charakter des Volkes keine Rechnung trägt! Beim deutschen Volk läßt die revolutionäre Entwicklung mit einer abstrakten Idee, mit einem oft unklaren Streben und Sehnen an, das über die Wirklichkeit erhaben, mit dieser so wenig als möglich in Konflikt gerathen darf. Erst wenn äußere Ereignisse dieses Ideal in faßbare Formen fügen, oder wenn ein äußerer Zwang dem friedlich strebenden und sich sehnenen Gemüth Fesseln anlegen sucht, erst dann er-

macht die Thatkraft im deutschen Geiste, erst dann dämmert ihm die Möglichkeit eines gewaltsamen Kampfes auf und wird ihm die bittere Wahrheit klar, daß ein Ideal der Liebe zu seiner Verwirklichung des allerbittersten Hasses, der ungebundensten Gewalt bedarf, daß die soziale Entwicklung eines Volkes keine Idylle ist aus dem Schäferland Arkadien. Daß die deutschen Sozialdemokraten sich mit bestem Erfolge diesem Entwicklungsprozesse des Volksgeistes angeschlossen, zeigt der gegenwärtige Stand der Bewegung in Deutschland, ihre stets wachsende Macht und Organisation...

## Sozialpolitische Rundschau.

### Schweiz.

\* Eine neue schmählige Verleugung des Asylrechtes! Der russische Sozialist Peter Krapotkin ist, nachdem die in unserer Nr. 5 berichtete erste Ausweisung gegen ihn und zwei polnische Genossen auf Protest radikaler Großräthe zurückgezogen worden, auf Verlangen der russischen Gesandtschaft aus Genf ausgewiesen worden! Und was das Beschämendste ist: dieses neue Attentat auf die schweizerische Ehre macht weit weniger Aufsehen als die ersten Streiche gegen Reichajew, Gschliss, Brouffe. Natürlich! „Du singst mit Einem heimlich an, bald kommen ihrer mehr dran, und wenn Dich erst ein Duzend hat, dann hat Dich auch die ganze Stadt.“ Es ist nur gut, daß sich Hartmann nicht nach der Schweiz wandte, wo unwürdige Söhne der Republik frechen Tyrannen keinen Wunsch versagen können; die Schande Reichajew hätte sich zweifelsohne wiederholt. Umhülle Dein Haupt, Helvetia, und höre auf, von Freiheit und Tyrannenhaß zu singen; die Zeiten der Telle sind vorüber!

### Deutschland.

\* Die welterschütternde Kanzlerkrise ist bereits wieder in der in Deutschland jetzt gebräuchlichen Weise beendet worden, d. h. Bismarck hat Recht behalten und die kleinen „Souveräne“, sowie der Kaiser und alles, was sonst noch auf Macht Anspruch macht, haben sich Seinem Willen gefügt. Uebrigens handelte es sich offenbar um mehr als den angeblichen Grund der Krise: die Quittungssteuer, und aller Wahrscheinlichkeit nach ist die russische Politik mit im Spiel gewesen. Wie es aber auch sei — uns kann es nur willkommen sein, wenn Bismarck auf solche Weise die Idee der Legitimität im deutschen Volke immer gründlicher vernichtet!

— Es ist überaus bezeichnend für die Rath- und Hilflosigkeit der ihren nahen Untergang vor Augen sehenden heutigen Gesellschaft, daß sie so viele längst dahingegangene, vermoderte Ideen und Männer wieder aus ihren Gräbern reißt, um sie als das neue Heil der Völker zu preisen, und der thatkräftigen, lebensfrohen neuen Welt des Sozialismus fürchterliche, unbefiegbare — Leichname entgegenzustellen. Siebenzehn Jahre ist es nun schon her, daß Herr Bastiat-Schulze von Delisch, der gravitativste Theaterkönig im sozialen Reich, unter den Händen Lassalles den Geist (man gestatte den herkömmlichen Ausdruck, obgleich er nicht so recht passen will!) aufgab. Längst sind der Dahingegangene, seine „Idee“, und seine Schöpfungen in Staub zerfallen und sein Andenken nahezu vergessen. Aber leider hatte die undankbare Welt vergessen, ihm ein Stammgrab zu kaufen, und so grub man ihn denn nach Umlauf der herkömmlichen Zeit wieder aus und warf seine Gebeine in das Knochenhaus. Dort fand sie die Aera des Sozialistengesetzes und der „positiven Bekämpfung der Sozialdemokratie“, fügte sie nothdürftig zusammen, drapirte einige Fäden darum und präsentirte das Gerippe der Welt als Neuerstandenen. Die Welt der Bourgeoisie aber glaubte den Schwindel und erwies dem Klappermann große Ehre und pries ihn als Retter der Gesellschaft.

Es ist jetzt ein paar Monate her, daß das „freisinnige Bürgerthum“ ein großes Aufsehen von einem in der „deutschen Revue“ erschienenen Artikel ihres Klassenheiligen machte, in welchem derselbe das Wort zu dem Thema der positiven Bekämpfung der Sozialdemokratie nahm. Er. soziale Majestät säßte darin aus, daß die besser situirten Klassen sich nicht lastenmäßig abschließen dürften, sondern ihre Reihen aus den aufstrebenden Elementen verjüngen müßten. Nicht durch die Beanspruchung eines größeren Maßes von Rechten, sondern durch die freiwillige Uebernahme eines größeren Maßes von Pflichten, im vollen Bewußtsein der sittlichen Verantwortlichkeit ihrer sozialen Lage, vermöchten die günstig situirten Klassen sich in ihrer Stellung zu behaupten. Alle diese Bestrebungen verwirklichen sich aber, meint Schulze, am besten in den „freien Vereinen“, wie er sie stets zu befördern gesucht. Verdanke die sozialistische Agitation dem festen Zusammenschluß der Partei ihre Erfolge, so sei dieses Mittel auch zu ihrer Bekämpfung unentbehrlich. Förderung aller auf Ausbildung der Einzelnen, auf ihr Emporkommen durch eigene Thätigkeit gerichteten Bestrebungen — darum müsse es Allen zu thun sein, die es ehrlich mit der Sache meinen! Die Gesellschaft aber hat nach Schulze die Verpflichtung, die Möglichkeit dieser Entwicklung des Einzelnen zu gewähren, das Resultat der Entwicklung, sagt er, kann sie nicht verbürgen. Die ihnen gebotene Möglichkeit auszunutzen, das sei die Aufgabe der Arbeiter selbst, es sei eine Forderung, die jeder Einzelne von ihnen an sich selbst zu richten habe u. s. f. Kurz, der alte, zehnmal abgebräute Kohl der famosen „Selbsthilfe“: der Ertrinkende soll sich selbst retten!

Je mehr aber diese Schulze'schen Theorien sammt allem drum und dran hängenden Krimskrams durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse, der Wissenschaft und der Volkseinsicht überholt und abgethan sind, desto besser gefallen sie der Bourgeoisie, deren Interesse sie ihren Ursprung verdanken. Ja, der Ruhm des Schulze'schen Namens tönt jetzt in fremden Ländern lauter denn je. In Italien wurde jüngst an den dort anwesenden deutschen Kronprinzen von italienischen Selbsthülfern ein Lobhymnus auf den „großen Meister“ Schulze gesungen. Die meiste Ehre erlebte letzterer aber augenblicklich in Frankreich. Vor ein paar Monaten hat der liberale Pariser Banquier Isaac Pereire sich das Vergnügen gemacht, den splendiden Preis von 100,000 Franken für die beste Lösung von vier „sozialen Fragen“ auszugeben und in das von ihm zur Beurtheilung der eingehenden „Lösungen“ niedergesetzte Preisgericht auch Schulze-Delisch zu berufen, unter folgender Motivirung: „Ganz unent-

behrlieh, sagt Vereire in der „Liberte“, war für unsere Liste der Reichstagsabgeordnete, welcher in Deutschland das Chaos der alten kommunistischen Utopien gesäubert und der sozialen Bewegung seiner Zeit einen solchen Aufstoß gegeben hat, daß nach dem von ihm geschaffenen Muster mehr als zweitausend deutsche Arbeitervereine gegründet worden sind. Der internationale Charakter unseres Werkes mußte ganz von selbst diesen Kämpfen der Freiheit und Emanzipation der arbeitenden Klassen herbeirufen.“ Diese famose Motivierung kennzeichnet ebenso sehr den „hochherzigen“ Preisgeber und die in seinem Preisgericht sitzende Gesellschaft, als sie geeignet und bestimmt ist, allenfalls an der Lösung der Fragen mitwirkenden Sozialisten den Kiesel vorzuschleichen.

Veranlaßt durch diese Vereire'sche Schenkung, sowie durch ein zum Zweck der Einführung des Schulze-Delbisch'schen Genossenschaftswesens jüngst in Paris gemachtes Legat von 2 Millionen Franken hat nun die französische Regierung einen eigenen Kommissär nach Berlin geschickt, der „unter Anleitung von Dr. Schulze-Delbisch sich genaue Kenntniss über das deutsche Genossenschaftswesen verschaffen“ will, worauf das Schulze'sche „System“ in Frankreich eingeführt werden soll. Hoffentlich lebt aber die heutige französische Regierung nicht so lange, daß sie zur Ausführung dieses genialen Gedankens kommt, damit das französische Volk nicht die widerliche Selbstzerstörung der Schulze'schen Selbstherrserei mit ansehen und unter ihr leiden muß, wie wir es leider in Deutschland erleben mußten. Die in der Sammlung begriffene sozialistische Arbeiterpartei Frankreichs wird wohl ihr Möglichstes thun, um Regierung und Land dieser Mühen zu überheben.

— Weiße Sklaven. Eine vorurtheilslose Betrachtung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse lehrt uns aufs eindringlichste, wie wenig Grund unser Jahrhundert hat, auf die Zeiten der Sklaverei und Leibeigenschaft in dunkelstem Mitleid zurückzublicken. Nirgendwo ist das „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene“ weniger angebracht, als in der Gesellschaft des Lohnsystems und Kapitalismus. Denn weit entfernt, daß das Wesen der Sklaverei heute eine abgethane Sache wäre, fehlt es sogar nicht einmal an den Formen derselben, und zwar an solchen der menschenwürdigsten, empörendsten Art. Wenn man die formelle Verhandlung des Menschen (denn die thatsächliche unter der, Thoren täuschenden Form der freien Arbeitswahl ist alljährlich) als das wesentlichste Merkmal der Sklaverei betrachtet, so wird man den Bestand der letzteren wohl nicht leugnen können, wenn man z. B. nachfolgende Bekanntmachung des Bürgermeisters Voswinkel in Wippheden („Verfänger und Anzeiger an der Niederrupper“ Nr. 6) liest: „Eine arme Mannsperson, welche noch zu leichteren Arbeiten fähig ist, soll am Donnerstag, den 22. d. M., Morgens 11 Uhr in meinem Bureau behufs Verpflegung aus der Armenkasse an den Mindestfordernden vergantet werden, wozu Unternehmungslustige hierdurch eingeladen werden.“ Ein Mensch in öffentlicher Unterbeziehung an den Mindestfordernden „vergantet“ — wie weit ist da noch bis zum unbedingten Verkauf? Wer erinnert sich ferner nicht der allbekanntesten Anzeigen gewisser Gesindebüros, welche schwedische, polnische u. Dienstboten und Landarbeiter jedes Geschlechts und Alters „auf Lager“ haben und gegen eine gewisse Summe „liefern“, fast ganz so, wie auf den orientalischen Sklavenmärkten? An eine der insamsten Ueberbleibsel der Sklaverei aber sind wir vor kurzem wieder erinnert worden. Kurz nach St. Josephstag haben in Ravensburg wieder die sogenannten Kindermärkte begonnen. Seit Jahren, aber in stets zunehmender Zahl, werden hier Kinder von 6 bis 14 Jahren, die von schlauen Unternehmern bei armen Eltern der Ostschweiz, Tirols und Vorarlbergs für wenige Franken ermittelbar und dann in Trupps nach Ravensburg getrieben werden, je für die Zeit von Anfang April bis Ende Oktober an Bauernhöfe zum Viehhüten u. dergl. verdinget. Für kräftige Burschen und Mädchen erhalten die „Vermiether“ 22—30 Gulden; jüngere und zartere Kinder dagegen werden schon eher dlos um's Essen „losgeschlagen“. Daß diese unglücklichen Geschöpfe, welche durch Noth und Selbstsucht für die schönste Zeit des Jahres heimathlos gemacht werden, durch ein solches Verdingssystem, das dem Sklavenhandel so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, sowohl einer schädlichen Ausbeutung ihrer körperlichen Kräfte, als einer sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt sind, die ein Einschreiten des Staates längst gerechtfertigt hätte, ist auf der Hand liegend. Dieser Kinderhandel ist ein empörendes Verbrechen an der Jugendwelt. Aber alle bisherigen Anregungen in der Presse, ja sogar in der schweizerischen Bundesversammlung haben nichts genügt; wenn man nicht sehen will, ist man mit offenen Augen blind. Und so wird wohl auch dieser Kindermarkt gleich so vielen anderen Resten der Sklaverei erst durch den Sieg des Sozialismus hinweggeräumt werden!

— Eine Muster-„Wähler“-Versammlung nach dem Herzen der Reaktion. Buvordigen Sonntag fand im Bezirk 2. Wahlkreis eine Zusammenkunft konservativer Wähler statt, in welcher Professor Max Duncker, der jedoch selbst nicht zu erscheinen für nothwendig gehalten hatte, als Kandidat vorgeschlagen wurde. Diese Kandidatur fand jedoch nicht allgemeinen Beifall, indem ein Wähler einzuwenden wagte, daß man den Kandidaten denn doch erst hören müsse, auch habe sich derselbe früher der nationalliberalen, ja sogar der Fortschrittspartei zugethan gezeigt. Diesem Mißtrauischen ward jedoch von einem Verwandten Dunckers erwidert, daß dieser „ein sehr königsireuer Herr und als Historiker wohl allgemein bekannt sei, weshalb er auch nicht geglaubt habe, zu einer Kandidaturrede verpflichtet zu sein.“ Diese Meinungsverschiedenheit übernahm ein anderer Wähler, ein Hauptmann a. D. Berg, in überaus glücklicher Weise zu lösen. Derselbe ließ sich kurz und gut also vernehmen: „Es kann sich bei der Aufstellung eines Kandidaten für uns lediglich um die Frage handeln: ist der vorgeschlagene Kandidat dem Reichskanzler genehm oder nicht. Genehmigt ihn dieser, dann wählen wir ihn, genehmigt er ihn nicht, dann kann er nicht unser Kandidat sein!“ Nachdem der gesinnungstüchtige „Wähler“ dies große Männerwort gelassen ausgesprochen, erklärte der Vorsitzende, Freiherr v. Falkhahn: „Ich bin in der glücklichen Lage, dem Herrn Redner sogleich zu antworten. Ich hatte bereits Gelegenheit, mit dem Reichskanzler wegen der Kandidatur Max Duncker

Rücksprache zu nehmen, und derselbe hat die Kandidatur nicht bloß genehmigt, sondern auch den lebhaftesten Wunsch geäußert, Max Duncker möchte gewählt werden.“ Solchen Argumenten und der allgemeinen Befriedigung, dem rauschenden Beifall der sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte so bewußten „Wähler“ gegenüber konnte natürlich auch der zuerst unzufriedene Redner, ein Hr. v. Roschinski (in dieser edlen Versammlung sprachen nämlich fast ausschließlich Adelige und der ordinärste Mensch in ihr war ein Stadtrath) nicht widerstehen und er gab dem würdigen Schauspiel einen würdigen Schluß, indem er erklärte (wörtlich): „daß er nunmehr seinen Irrthum einsehe und seine Opposition zurückziehe“. Hat es nicht der „Konstitutionalismus“ während der kurzen Zeit seines Bestehens in Deutschland schon herrlich weit gebracht? Das „einzig Maßgebende“ bei einer deutschen Wahl ist: ob Bismarck mit dem Kandidaten einverstanden ist oder nicht! Man wird wohl auch noch dazu kommen, jenen oppositionellen Wähler nach dem erweiterten Sozialistengesetz zu bestrafen. Ganz gut so; nur immer die Dinge so gezeigt, wie sie wirklich sind!

### Oesterreich-Ungarn.

\* Zu Pfingsten findet in Budapest ein ungarischer Landes-Arbeiter-Kongress statt, auf welchem die bereits angebahnte und größtentheils thatsächlich eingetretene Vereinigung der beiden bisherigen Fraktionen der ungarischen Sozialdemokratie endgiltig vollzogen und eine einheitliche Partei nach Feststellung eines Programms, der Propagandamittel u. s. w. fest begründet werden soll. Die brüderlichsten Wünsche der deutschen Sozialdemokraten wie der Sozialisten aller Länder begleiten die ungarischen Genossen am 16. und 17. Mai bei ihren wichtigen Arbeiten.

### Belgien.

\* Die Mittheilung unserer letzten Nummer über das große Bergwerkunglück in Anderlues ist dahin zu vervollständigen, daß die Zahl der Opfer eine bei weitem größere, als anfänglich angenommen, ist. Bis jetzt sind bereits 52 Tode zu Tage gebracht! Die Ursache des Unglücks ist, wie bei den meisten derartigen Katastrophen verbrecherische Nachlässigkeit der Besitzer hinsichtlich der erforderlichen Schutzmaßregeln. Wie lange wird das Morden noch fortbauern dürfen?

### Spanien.

— In unserer Nummer 12 theilten wir, einem Bericht der „Egalité“ folgend, mit, daß sich in Spanien zwei sozialistische Gruppen (in Madrid und Barcelona) gebildet hätten, welche die Grundlage zur Reorganisation der sozialistischen Partei in Spanien bilden sollten. Gegen diese Darstellung wendet sich nun ein von dem Bundesauschuß der spanischen Landesföderation der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ an die Redaktion der „Egalité“ gerichteter und an die sozialistische Presse mitgetheiltes Brief. Ihm zufolge wäre es nicht wahr, daß die Internationale desorganisiert sei. „Die spanische Landesföderation war so sagt dieser Bericht — nach dem Sturz der Republik und der Wiederherstellung der Monarchie auf den internationalen Kongressen von Bern, Verviers, Gent und Paris (verboten) vertreten. Sie hat seit ihrer Gründung auf dem Arbeiterkongress zu Barcelona 1870 keinen Augenblick zu bestehen aufgehört, und sind seit dieser Zeit ihre Vertreter regelmäßig alle Jahre auf einem Kongress oder auf Bezirkskonferenzen versammelt, den Verboten und Verfolgungen der Regierung zum Trotz; ebenso hat stets ein Bundesauschuß als Mittelpunkt für die Korrespondenz und Statistik der zahlreichen über das ganze Land, in den Industrie- wie in den Ackerbaubezirken, verbreiteten örtlichen Verbänden bestanden.“ Bis hierher berührt uns der Bericht erfreulich, wenn wir auch glauben, daß dieser anscheinend günstige Stand der sozialistischen Bewegung in Spanien zum Theil auf die lebhafteste Darstellungsweise der Südländer zu sehen ist und die Wirklichkeit zweifellos ein weit nüchternes Bild gibt. Wenn der Bericht aber weiter auseinandersetzt, daß die spanischen Sozialisten neben der Ueberführung des Privatbesitzes in das Gemeineigentum die „Zerstörung der staatlichen (nationalen) Einheit“ anstrebt, um auf ihren Trümmern „freie, unabhängige, lediglich durch Bündnisverträge zusammenhängende Gemeinden“ zu errichten; daß sie sich infolge dessen von jeder politischen Partei ferne halten und von der Bildung einer sozialistischen Arbeiterpartei nichts wissen wollen; daß sie die zur Organisirung einer solchen seitens der erwähnten Madrider und Barcelonener Gruppen gethanen Schritte vielmehr als „auf die Zerstörung der Einheit der Arbeiter gerichtete Umtriebe“ betrachte; wenn sie weiter den für die Bildung einer sozialistischen Partei eintretenden spanischen Genossen aus ihrer Agitation für die Idee eines „Arbeiterstaates“ und der Besitzergreifung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse ein Verbrechen machen und sie deshalb beschimpfen: so finden sie hierfür bei den Sozialdemokraten — milde gesprochen — kein Verständnis. Wir wollen uns nicht auf eine nähere Prüfung der Vollmachten des Bundesauschusses der spanischen Landesföderation, noch auf eine leichte Widerlegung der angeführten Irrthümer und der denselben zu Grund liegenden Anschauungen vom Wesen des Staates und der Gesellschaft einlassen, — weil wir es unter den gegenwärtigen Umständen, bei der allgemeinen Hejzagd auf die Sozialisten und Revolutionäre aller Länder für unsere Aufgabe halten, nur das allen Sozialisten Gemeinsame, das Vereinernde, zu betonen, das Trennende aber in den Hintergrund zu drängen. Nur das wollen wir nicht verschweigen, daß wir die Konstituierung der spanischen Sozialisten in einer einheitlichen politischen Partei als die Voraussetzung irgend einer bedeutenden Thätigkeit ansehen und daß wir deshalb nur wünschen können, die in diesem Sinne wirkenden spanischen Genossen in Barcelona und Madrid möchten in ihrem Eifer nicht erlahmen, und ihre Bestrebungen möchten baldigen Erfolg haben.

### Sprechsaal.

**Kopenhagen.** Hier ist ein harter Streik ausgebrochen, ungefähr 100 Cigarrenarbeiter beiderlei Geschlechts sind bereits ohne Arbeit und noch mehr werden es werden. Wir bitten allen Bezug fern zu halten! Etwaige Unterstüßungen sind an P. E. Nielsen, Römervgade 22, 3 S. zu senden. Rechenschaft folgt. Näheres wird Jürgen Gaardmand berichten.

Den 5. April 1880.

Tabakarbeiter-Zorbund „Enigheden“.

### Letzte Post.

—as Berlin, 13. April. Gestern fand die Haupt-Verhandlung des Monstre-Sozialistenprozesses gegen Heiland und 15 Genossen statt. Die Anklage lautete auf Theilnahme an einer geheimen und auf Entkräftung des Sozialistengesetzes abzielenden Verbindung, sowie auf Vergehen gegen §§ 16 und 20 des Sozialistengesetzes und Vornahme einer unbefugten Lotterie. Der Staatsanwalt beantragte für Heiland und Beck je 1 Jahr 3 Monate für Pletschmann, Hiller, Seewald, Ewald, Reumann je 1 Jahr, für Klose 7 Mon., für Jint und Blum je 4 Mon., für die übrigen aber Freisprechung. Der Gerichtshof aber fällt abends 7 1/2 Uhr, angesichts der durchaus mangelnden Beweise für sämtliche Angeklagte ein freisprechendes Erkenntnis und verurtheilte nur drei Genossen wegen unbefugter Lotterieveranstaltung zu je einer Woche Haft. Eine schmähliche Niederlage der Regierung, welche auf die Arrangierung dieses Prozesses alle eventuelle Mühe verwendete! Näheres demnächst.

— Paris, 14. April. (Drathnachricht.) Die Regierung der französischen „Republik“ hat soeben einen neuen Beweis ihrer Freiheitsfeindschaft und Bedientenblutigkeit gegen die internationale Reaktion abgelegt, indem sie 19 deutsche Sozialisten aus Frankreich auswies! Der Streich war lang vorbereitet, die Ausgewiesenen wurden übermacht und von agents provocateurs, welche erst zu spät entdeckt wurden, als sie bereits Unüberlegte in ihre Netze gezogen hatten, kompromittirt. Es ist zu vermuten, daß mit dieser Ausweisung die Aktion der Regierung noch nicht beendet ist. Mehr kann vorläufig nicht gesagt werden; aber Vorsicht und Mißtrauen gegenüber allen „Verschwörungs-“ und „Aktions“-Plänen ist doppelt und dringend nöthig; sollen nicht Personen und vor allem unsere Sache schwer geschädigt werden!

### Briefkasten.

der Expedition: Hammerwerk E. Nr. 26. — erh. 7 folgten, ebenbürtig. — Schw. H. R. — r. H. v. 8. hier. Alles abgg. — Zünder: Auffüll. erh. — F. — r. — 3. Ab. II. Du. (4 Mt.) 6. m. fl. 2. 27; M. B. F. H. G. H. mit 73 kr. zugewiesen, auf. H. 6. 30. Cours. — P. B. Kantop. — H. 17. — erh. Schft. abgg. F. H. G. H. folgen. — D. R. St. — M. 3. — Ab. II. Du. hier. — R. B. S. 343: Post am 12/4 hier. V. signat. Neue Abdr. folgt. — A. B. Paris: Abdr. 1—12 vorgemerkt. S. gelöst. A. u. R. dagegen eingest. Nach St. G. sollte nur 13 gek. Möglich, daß direkt kam. — G. F. M.: 2 Sort. loco alte Firmen besorg. H. G. H. Danf für Nachr. u. — Ferdinand: H. v. 11 am 13. hier. Frühere Notiz betr. H. u. auch. Dreimonat. gesendet, Ladg. gelöst. H. G. H. Sonstiges vorgemerkt. — Methusalem: H. v. 6. da. u. hier. Man war also nicht unter den „zehn klugen Jungfrauen“, obgleich seit 2/1 die Lampe bereit sein sollte! Heiliges Kanonenrohr, — das ist doch zu stark, und berart die Spinne auf die Nase zu setzen! — G. — H. — G. H. M. 6. — p. II. Du. hier. M. vorgemerkt. — D. 43: H. v. 11. dh. am 13. hier. Sendung an bekannte Adresse in Briefmarken erbeten. — F. Sch. M. 6. v. fl. 5. 05. erh. Beschlg. besorgt. Brief am 12. dh. auf F. P. R. abgg. — G. R. D.: M. 6. — Ab. II. Du. für 2 Expl. hier. Drittes erwartet. — R. F. Pst.: M. 15. — p. I. Du. erh. Weiteres vorgemerkt. R. B. demnächst. — S. G. H. — H. R. 3. 20. Ab. II. Du. erh. — H. G. H. London: H. 100. 80 erh. H. 11. — Cts. Tgw. abgg. Rest nach Bericht verwendet. — Schw. H. P. — d. M. 3. — erh. p. II. Du. 9—19 abgg. sandt. —

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

### Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. = Mk. 1. 50.  
Expedition des Sozialdemokrat.

### Die Zukunft, Sozialistischer Revue.

Von diesem Werke werden durch Unterzeichneten unter entsprechender Vortovergütung folgende Hefte zu kaufen gesucht: 1. Jahrgang 1 Expl. vom 3. Heft; 2. Jahrgang 2 Expl. vom 3. Heft.  
Riesbach-Zürich.

Verlag des „Sozialdemokrat“.

### Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen genommen bei folgenden Filialen:

- Genf L. J. Brunier, Montbrilland 42bis
- Budapest M. Frankel, VII, Lindogasse 26, Thür 28.
- Kopenhagen K. Georg Hoffmann, Kattesund 16, 3. S. & G.
- Antwerpen Ph. Coenen, 6 Moistraat.
- Gent J. Bassé, St. Lievenstraat 163.
- Brüssel F. Brock, 3, rue Ruysbroek,
- Lüttich Friedrich Mammasser, rue Pont d'Avroy 5/III.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.  
F. Gold, bei Charles Picreaux, 20 rue Luxembourg-Andrimont.
- Paris Blum, 66 rue Montorgueil.  
Trapp, 65 rue de Madame, Hotel Baldrin.  
Voss, 6 rue de Levis.
- London W. Hoffmann, 50 Wardour Street, Oxford Street, 120  
Princes Street W.  
H. Rackow, 120 Islington High Street.
- New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street.
- Chicago Jll. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.
- Cincinnati, O. Philipp K. Theobald, Nr. 391 Main str.
- St. Louis Mo. Gebr. Hermingshaus, 1711 Franklin Avenue.